

JAHRESBERICHT

2006



Inhalt

4	Organe des ASIP
5	Vorwort des Präsidenten
6	Detailbericht Aktivitäten der ASIP-Geschäftsstelle
11	Kommissionsbericht: Aus- und Weiterbildung
12	ASIP-Anlässe: Impressionen 2006
14	Kommissionsbericht: Gemeinschaftseinrichtungen
15	Kommissionsbericht: Öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen
16	Kommissionsbericht: Fragen der Vermögensanlage
17	Kommissionsbericht: Privat-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen
18	Bilanz und Erfolgsrechnungen
22	Bericht der Revisoren
23	«Sozialpolitische Rundschau» (Beilage)

Organe des ASIP

Vorstand

Hans Ender, Präsident
Pensionskassenexperte

Dr. Jean Pfitzmann, Vizepräsident
Caisse de pensions
Swatch Group

Dr. Thomas Hohl, Vizepräsident
Migros-Pensionskasse

Urs-Peter Amrein
GastroSocial Pensionskasse

Martin Beyeler
Pensionskassen der
Schweizerischen Mobiliar

Urs Bracher
Pensionskasse der
Credit Suisse Schweiz

Armin Braun
Pensionskasse
Stadt Zürich

Christian Cuénoud
Caisse de pensions CERN

Daniel Dür
PTV Pensionskasse
Technische Verbände

Beatrice Fluri
PKE
Pensionskasse Energie

Reto Kuhn
Pension Fund Services AG

Blaise Matthey
Fédération des
Entreprises Romandes

Birgit Moreillon
Caisse de pensions et
assurances sociales,
Banque Cantonale Vaudoise

Dr. Markus Moser
Pensionskasse Novartis

Brigitte Schmid
Pensionskasse Swiss Re

Urs Stadelmann
Pensionskasse der
Dätwyler Holding

Dieter Stohler
Pensionskasse
Basel-Stadt

Daniel Thomann
Hewitt Associates SA

Dr. Ulrich Wehrli
LCP Libera AG

Geschäftsstelle

Hanspeter Konrad, Direktor
Anneliese Zogg, Sekretariat
Sandra Eyrauch, Sekretariat
Michael Lauener, jur. Mitarbeiter

Revisoren

Rudolf Noser/Urs Sigrist

Vorwort des Präsidenten

Tiefs und Hochs im Jahre 2006

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe ASIP-Mitglieder

Die im letzten Jahresbericht erwähnten Unwetter haben sich auch im abgelaufenen Jahr wiederholt, allerdings auf einer anderen Ebene. Es war nicht die Natur, sondern die Vorsorgewelt, die unter den Unwettern zu leiden hatte. Zwei Fälle, die mit Loyalitätsverletzungen in Verbindung gebracht wurden, haben die Wahrnehmung der Eigenverantwortung der Führungsorgane in der beruflichen Vorsorge in Frage gestellt. Diese Beispiele zeigen, wie rasch die «Berufliche Vorsorge» und deren Verantwortungsträger angeschwärzt werden. Wir müssen allerdings zugeben, dass es uns nicht gelungen ist, die Selbstregulierung der Loyalität in der Vermögensverwaltung in die Öffentlichkeit zu tragen. Der bereits im Jahre 2000 angebotene Verhaltenskodex wurde nur von wenigen Vorsorgeeinrichtungen unterzeichnet. Diese Tatsache wird ausgenützt. Sie könnte zu einer Verschärfung der gesetzlichen Vorschriften Richtung Offenlegung der Vermögensverhältnisse der mit der Vermögensverwaltung betrauten Personen führen.

Zur Selbstregulierung ist auch die Ausbildung zu zählen. Das Gesetz verlangt die Erst- und Weiterbildung der Führungsorgane. Wie wir das tun, ist «vorläufig» noch nicht vorgeschrieben. Meines Erachtens muss in Ausbildungsfragen die Eigenverantwortung vermehrt wahrgenommen werden. Es genügt nicht, das BVG zu kennen. Die Verantwortlichen müssen es umsetzen und die Umsetzung kontrollieren können. Dazu ist eine vertiefte Ausbildung erforderlich.

Es gibt aber auch Erfreuliches zu berichten.

■ Der Vorstand hat ein «Neues BVG» verabschiedet.

Dieses soll:

- zum Nachdenken anregen,
- die Gestaltungsfreiheit erhöhen,
- die Eigen- und Führungsverantwortung fördern und
- die Gesetzesflut stoppen.

■ Das «Neue BVG» wurde durch das Forschungsinstitut für Empirische Ökonomie und Wirtschaftspolitik begleitet. Aus seiner Studie «Die 2. Säule der schweizerischen Altersvorsorge im Wandel» gehen folgende wesentlichen Erkenntnisse hervor:

- Makroökonomisch besteht in der Schweiz keine Überkapitalisierung.
- Mikroökonomisch könnte eine Senkung der Sparquote sinnvoll sein.
- Das Kapitaldeckungsverfahren weist gegenüber dem Umlageverfahren Renditevorteile auf.
- Das Umlageverfahren ist auch für Teile der beruflichen Vorsorge nicht sinnvoll.

■ Die finanzielle Lage der Vorsorgeeinrichtungen hat sich dank der Börse positiv entwickelt. Die Wertschwankungsreserven sind grösstenteils aufgebaut. Tragen wir diesen Sorge.

Meine Amtszeit ist zu Ende. Dies gilt auch für einige Vorstandsmitglieder, denen ich für die geleistete Arbeit meinen besten Dank ausspreche. Leider muss ich meinem Nachfolger und dem heute gewählten Vorstand einen Korb voller Fragen überlassen (Strukturreform, Loyalitätserklärung, Umwandlungssatz, «Neues BVG»). Ich bin überzeugt, dass die neue Mannschaft diese mit Erfolg meistern wird.

Ihnen, liebe Mitglieder, möchte ich für die schöne Zeit, die ich mit Ihnen verbringen durfte, herzlich danken. Ich wünsche Ihnen persönlich und Ihren Institutionen weiterhin viel Erfolg!



Hans Ender
Präsident

Detailbericht Aktivitäten der ASIP-Geschäftsstelle

Unsere hauptsächlichen Anstrengungen im Jahre 2006 – der Einsatz für effiziente Führungsstrukturen, Loyalität, Transparenz, Kommunikation sowie wirksame Kontrollen in den Vorsorgeeinrichtungen!

Das Jahr 2006 stand im Zeichen verschiedener vorsorgepolitischer Grundsatzfragen. Einerseits wurden – basierend auf dem Expertenbericht «Strukturreform in der beruflichen Vorsorge» – Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung der Führungsorgane, des Experten für berufliche Vorsorge, der Kontrollstelle und der Aufsicht thematisiert. Andererseits hatte sich der ASIP mit der Vorlage des Bundesrates zur Senkung des Umwandlungssatzes zu befassen.

In der zweiten Jahreshälfte standen – vor dem Hintergrund der Berichterstattung rund um die Fusion der Banken Swissfirst und Bellevue sowie der Aufhebung der Sammelstiftung First Swiss Pension Fund durch das BSV – die Pensionskassen im Allgemeinen und Fragen der Vermögensverwaltung durch die Pensionskassen im Speziellen im Zentrum. Die Führungsorgane und Geschäftsführer von Pensionskassen wurden generell als Sündenböcke hingestellt. Es wurde ihnen vorgeworfen, ihre Aufgaben nicht im Interesse der Versicherten zu erfüllen und sich zulasten der Pensionskassen selbst zu bereichern. Für den ASIP ging es – unter Berücksichtigung der gemachten Vorwürfe – vor allem darum, zu zeigen, dass nicht von einer Krise der eigenverantwortlich

geführten 2. Säule gesprochen werden kann. Die über mehrere Wochen stark emotional geführte Diskussion konnte kaum versachlicht werden.

Unbestritten ist, dass die hohen Vermögenswerte, welche die Pensionskassen verwalten, zwingend effiziente Führungsstrukturen, Transparenz, Kommunikation mit den Versicherten sowie wirksame Kontrollen erfordern. Besonders wichtig ist das Verhältnis zwischen den Versicherten und den Führungsorganen, welche eine treuhänderische Aufgabe im Interesse der Versicherten wahrzunehmen haben. Es braucht das Vertrauen in jene, die an den Schalthebeln der Pensionskassen sitzen. Ein Missbehagen gegenüber der Art und

Weise, wie das Pensionskassenvermögen der Versicherten verwaltet wird, schadet der beruflichen Vorsorge. Immer wieder standen daher Fragen im Zusammenhang mit dem Umgang mit den Geldern von Vorsorgeeinrichtungen im Fokus von Politik und Öffentlichkeit. Auf der politischen Ebene wurden weitergehende Kontrollen und umfassende Offenlegungspflichten der mit der Vermögensverwaltung beauftragten Stellen gefordert.

Mitgliederversammlung

Die neunte ordentliche Mitgliederversammlung fand am 3. Mai 2006 im Rahmen der Messe 2. Säule im Kongresshaus in Zürich statt. Präsident Hans Ender unterstrich in seinem Jahresbericht die Kernaufgaben des ASIP: politische Einflussnahme und Erbringen von Dienstleistungen gegenüber seinen Mitgliedern. Im Rahmen der politischen Arbeit setzt sich der ASIP für realistische Rahmenbedingungen in der beruflichen Vorsorge ein. Im Interesse der beruflichen Vorsorge als ganzer und insbesondere der Versicherten müssen beispielsweise die massgebenden Eckwerte für die berufliche Vorsorge (u. a. Mindestzins, Umwandlungssatz) so festgelegt werden, dass die Vorsorgeeinrichtungen die Chance

BLICKPUNKT

ASIP-Schwerpunkte 2006

- Effiziente, fachmännische Führung der Pensionskassen
- Loyalität in der Vermögensverwaltung
- Realistische Rahmenbedingungen in der beruflichen Vorsorge
- Öffentlichkeitsarbeit



Hanspeter Konrad
Direktor

haben, Ertragsüberschüsse zu realisieren, anstatt Sanierungsmassnahmen beschliessen zu müssen. Die erzielten Überschüsse sind nach Äufnung der notwendigen Reserven und Rückstellungen den Versicherten gutzuschreiben.

Als Vorstandsmitglied trat Jean-Pierre Steiner, Director Corporate Pension and Risk Services Nestec/Nestlé, unter Anerkennung und Verdankung seiner Verdienste zurück. Seit 1998 präsidierte er die Kommission Fragen der Vermögensanlage, die unter seiner Leitung verschiedene Grundlagendokumente erarbeitet hat.

In seinem Gastreferat skizzierte der Publizist und Moderator Roger de Weck die Tücken der Mediengesellschaft und stellte den Stellenwert der Kommunikation – insbesondere auch für die Führungsorgane von Vorsorgeeinrichtungen – ins Zentrum seiner Ausführungen. Werte wie Vertrauen, Verlass und Solidarität seien für die Vorsorgebranche zentral. De Weck forderte dazu auf, unbedingt daran festzuhalten und sich dem Modetrend der Boulevardisierung zu widersetzen. Der geforderten Personalisierung hätten wir die Solidargemeinschaft entgegenzusetzen. Anstelle des überbordenden Verpackens (Dekor) komme es bei uns auf

die Substanz an. Da in der heutigen Medienwelt immer mehr vereinfacht werde, hätten die Pensionskassen aufgrund der Komplexität ihres Geschäfts einen schweren Stand. Sie würden unter der Tatsache leiden, dass alles Komplexe beiseitegeschoben würde («Evakuierung dessen, was komplex ist»). Trotz dieser drei Handicaps sollten keine Kompromisse eingegangen werden. Die Pensionskassen sollten stolz auf ihre Identität sein, die Substanz zugunsten der Versicherten erhalten und die Kraft aufbringen, direkt zu kommunizieren.

Politische Aktivitäten

Der ASIP hat im Berichtsjahr zu verschiedenen politischen Vorlagen Stellung genommen und dabei jeweils auch Forderungen für die langfristige Stabilität der beruflichen Vorsorge gestellt.

■ Umwandlungssatz

Der ASIP unterstützt – infolge der weiterhin steigenden Lebenserwartung und der Entwicklungen an den Finanzmärkten – die seitens des Bundesrates vorgeschlagene Senkung des BVG-Mindestumwandlungssatzes in vier Teilschritten ab 1. Januar 2008 bis zum Erreichen von 6,4% per 1. Januar 2011.

«Die schweizerischen Pensionskassen dürfen stolz auf ihre Identität sein.»

Roger de Weck, Publizist

■ Strukturreform / Massnahmen für ältere Mitarbeitende

Der Bundesrat stellte im Berichtsjahr verschiedene Strukturfragen in der beruflichen Vorsorge zur Diskussion. Im Zentrum standen – basierend auf dem Bericht einer Expertenkommission – Fragen einer effizienten, professionellen Aufsichtsstruktur (im Sinne der Regionalisierung) sowie einer funktionierenden Oberaufsicht. Ferner wurden Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung von Stiftungsrat, Experte und Kontrollstelle thematisiert. Der ASIP stimmt dem Konzept der dezentralen, über kantonale Konkordate geführten Aufsicht nach dem Sitzprinzip und einer unabhängigen Oberaufsicht mit klarer Abgrenzung der Kompetenzen zu. Gleichzeitig unterstützt er die Absicht, auf eine zentrale, finanzmarktorientierte Vorsorgeaufsicht zu verzichten. Eine zentrale Aufsicht wird der Ausgestaltung der beruflichen Vorsorge als sozialpart- →

BLICKPUNKT

ASIP-Interessenvertretung

Der ASIP ist in den folgenden Organisationen und Gremien vertreten:

- Eidg. AHV-/IV-Kommission
(Hanspeter Konrad)
- Eidg. BVG-Kommission
(Hanspeter Konrad, Brigitte Schmid)
- Expertenkommission
«Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen»
(Armin Braun, Claude-Victor Comte)
- Schweiz. Kommission für Immobilienfragen SKI
(Beatrice Fluri)
- Geschäftsleitender Ausschuss des Sicherheitsfonds
(Hans Ender, Dr. Jean Pfitzmann als Präsident, Jean-Pierre Volkmer, Dr. Thomas Hohl)
- Vorsorgeforum 2. Säule
(Hanspeter Konrad)
- Studienkommission Altersvorsorge (Hanspeter Konrad)
- European Federation for Retirement Provision EFRP
(Hans Ender, Hanspeter Konrad)
- Europäischer Verband der Vorsorgeeinrichtungen des öffentlichen Dienstes EVVÖD (Dr. Jean Pfitzmann, Claude-Victor Comte)
- Arbeitsgruppe Quellensteuer der Konferenz der kantonalen Steuerverwaltung (Urs Stadelmann)
- Stiftung Verhaltenskodex in der beruflichen Vorsorge
(Hanspeter Konrad)

nerschaftlich geführtes Sozialwerk nicht gerecht. Vielmehr führt die bereits heute durch verschiedene Kantone vollzogene oder beabsichtigte Regionalisierung zur gewünschten Professionalisierung der Aufsichtstätigkeit. Die Aufsichtsbehörden sollen sich darauf konzentrieren, die nur ihnen zustehenden hoheitlichen Durchsetzungsbefugnisse zur Behebung wesentlicher Mängel möglichst zielgerichtet einzusetzen. Es braucht eine klare Aufgabenteilung mit der Kontrollstelle und dem Experten.

Die gleichzeitig in die Vernehmlassung geschickten Massnahmen für ältere Arbeitnehmende lehnt der ASIP ab. Überlegungen, Regelungen in der beruflichen Vorsorge so auszugestalten, dass Personen nicht zum Abbruch der Erwerbstätigkeit gedrängt werden, sind nachvollziehbar. Die Fragestellung ist jedoch in einen grösseren Zusammenhang (AHV-Revision) zu stellen, insbesondere auch um Schnittstellenprobleme bzgl. Rentenalter und dessen Flexibilisierung zu vermeiden.

■ Loyalität in der Vermögensverwaltung/Offenlegungspflichten

Der ASIP musste zu verschiedenen politischen Vorstössen, die unter dem Eindruck der Fusion der Swissfirst mit der Bank am Bellevue und der in diesem Umfeld getätigten Anlagegeschäfte eingereicht wurden, Stellung beziehen. Der Ständerat hat in Flims im Rahmen der Herbstses-

sion 2006 die von einer seiner Kommissionen geforderte umfassende Regelung einer Offenlegungspflicht der Vermögensverhältnisse von allen mit der Anlage und Verwaltung von Vorsorgevermögen betrauten Personen an die Kommission zur Überarbeitung zurückgewiesen. Die Stellungnahmen im Ständerat zeigten jedoch, dass die Politik eine entsprechende Regelung suchen will. Im Rahmen eines Hearings Ende 2006 mit der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates konnten die Nachteile einer solchen umfassenden Norm aufgezeigt werden. Ausgehend von der sozialpartnerschaftlichen, eigenverantwortlichen Führung der Vorsorgeeinrichtungen hat der Stiftungsrat seine Führungsverantwortung wahrzunehmen. Der Gesetzgeber sollte sich vermehrt von diesen Überlegungen leiten lassen und sich auf die Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen und Mindestnormen für die berufliche Vorsorge konzentrieren. Es braucht im Bereich BVG grundsätzlich keine neuen Regelungen. Die Debatte wird im Rahmen der Behandlung der Strukturreform 2007 weitergeführt.

■ Weitere politische Vorlagen

(vergleiche «Sozialpolitische Rundschau»)

Der ASIP nahm zur Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts im Obligationenrecht Stellung. Die Zielsetzungen der Stärkung der Cor-

porate Governance und der Aktionärsrechte sind zu unterstützen. Der Entwurf trägt aber – besonders im Titel «Kaufmännische Buchführung» – den Eigenheiten der Vorsorgeeinrichtungen zu wenig Rechnung. Er berücksichtigt die im Rahmen der BVG-Revision neu geregelten Transparenz- und Informationsbestimmungen sowie die Rechnungslegungsvorschriften kaum. Es wäre klar zu unterscheiden zwischen den gewinnorientierten Rechtsformen des Privatrechts und den Vorsorgeträgern. Für diese besteht ein anderes Schutzgut (Versicherteninteressen) und die Vorsorgeträger sind zusätzlich einer spezialisierten Fachaufsicht unterstellt.

Als Mitglied der Europäischen Vereinigung für Fragen der beruflichen Vorsorge (EFRP) konnte der ASIP aufgrund der in der Schweiz gemachten Erfahrungen zu einigen europäischen Fragen aus dem Bereich der beruflichen Vorsorge (u. a. Freizügigkeit) Stellung beziehen.

Dienstleistungen

Ein zentrales Anliegen des ASIP ist es, die Mitglieder mit Fachmitteilungen, den Inhalten der Homepage (www.asip.ch) sowie mit Informationsveranstaltungen umfassend zu informieren (vgl. Blickpunkt unten). In den Fachmitteilungen wurden besonders einige Interpretationen des

BSV zum dritten Paket der BVG-Revision (u. a. Einkauf) kritisch hinterfragt.

■ Start ins neue Vorsorgejahr

Erstmals startete der ASIP das neue Jahr mit einer Informationsveranstaltung in Bern, an welcher die Herausforderungen 2006 für die Pensionskassen dargestellt wurden.

■ Informationsveranstaltungen

In Zürich und in Lausanne wurden wieder vier gut besuchte Informationsveranstaltungen durchgeführt.

■ Ausbildung für Stiftungsräte

Um die Führungsaufgaben in den Vorsorgeeinrichtungen eigenverantwort- →

BLICKPUNKT

Dienstleistungen: Wissen schafft Vorsprung!

Im Berichtsjahr wurden folgende Referate, Stellungnahmen und Fachmitteilungen verfasst, den Mitgliedern zugestellt und im Internet unter www.asip.ch publiziert:

■ INFORMATIONSVERANSTALTUNGEN

in Zürich und Lausanne mit Referaten zu folgenden Themen:

- Strukturreform in der beruflichen Vorsorge
- Knackpunkte 1. BVG-Revision / Umsetzungsfragen
- Asset Liability Management
- Neue technische Grundlagen und Konsequenzen
- Barauszahlung beim Verlassen der Schweiz
- Reintegration statt vorzeitig invalid pensionieren: Möglichkeiten der Vorsorgeeinrichtungen
- FER 16
- Öffentlich-rechtliche Pensionskassen
- START VORSORGEJAHR 2006

■ WEITERE FÜHRUNGSINFORMATIONEN

- ASIP-Performancevergleich
- Ausbildung für Stiftungsräte
- Verhaltenskodex

■ FACHMITTEILUNGEN

- Nr. 62: Eckwerke der beruflichen Vorsorge (2006)
- Nr. 63: Klarstellungen zum dritten Verordnungspaket (BVG-Revision) aus Optik des ASIP
- Nr. 64: Wahrnehmung der Führungsverantwortung
- Nr. 65: Bilaterale Abkommen
- Nr. 66: Eckwerte der beruflichen Vorsorge (2007)

wörtlich wahrnehmen zu können, müssen sich Stiftungsräte aus- und regelmässig weiterbilden. Die vom ASIP 2006 in Ergänzung zu den von der Fachschule für Personalvorsorge durchgeführten Basisseminare erstmals angebotenen Tagesseminare zur Aktualisierung des Fach- und Führungswissens stiessen auf reges Interesse. Ausbildungsschwerpunkte sind aktuelle rechtliche Fragen, versicherungstechnische Aspekte und Fragen der Vermögensbewirtschaftung (www.asip.ch>Ausbildung).

■ ASIP-Performancevergleich

Ein Massstab für den Anlageerfolg einer Pensionskasse ist der ASIP-Performancevergleich. Für jede teilnehmende Vorsorgeeinrichtung wird ein individualisierter Bericht erstellt. Er zeigt die Performance und Asset Allocation im Vergleich mit anderen Vorsorgeeinrichtungen. Der Performancevergleich ist ein wertvolles Führungsinstrument des Stiftungsrates und verdient mehr Beteiligung.

■ Verhaltenskodex

Mehrmals haben wir auf den Stellenwert des Verhaltenskodex in der beruflichen Vorsorge hingewiesen (vgl. www.verhaltenskodex.ch). Selbstkritisch muss sich die Branche – insbesondere mit Blick auf die heftigen Diskussionen, die das Verhalten einzelner Exponenten im vergangenen Jahr ausgelöst hatten – den Vorwurf gefallen lassen, dass sich le-

diglich rund 15% der Pensionskassen diesem Kodex unterstellt haben. Im Bewusstsein, dass viele Pensionskassen weitergehende Regelungen getroffen haben, wird mit der Unterstellung ein Signal für den Weg der Selbstregulierung gesetzt.

Öffentlichkeitsarbeit

Das Schweizer Vorsorgesystem lebt vom Vertrauen der Versicherten und der Öffentlichkeit. Zu Recht stand daher der Problemkreis Kontrolle, Verhalten und Loyalität der Pensionskassenorgane 2006 im Vordergrund. Der ASIP hatte bei vielen Medienkontakten die nicht immer einfache Aufgabe, einerseits zu den berechtigten Sorgen der Versicherten Stellung zu nehmen und andererseits zu zeigen, dass das System «Berufliche Vorsorge» insgesamt funktioniert.

Der ASIP wird zunehmend als Ansprechpartner für Fragen der beruflichen Vorsorge anerkannt.

An der Messe 2. Säule vom 3./4. Mai 2006 im Zürcher Kongresshaus ergaben sich intensive Gespräche mit Besuchern am ASIP-Stand.

Geschäftsstelle

Als Anlaufstelle für Mitglieder und Öffentlichkeit hatten die Mitarbeitenden der seit 1. Juli 2006 an der Kreuzstrasse 26 in Zürich domizilierten Geschäftsstelle zahlreiche Aufgaben zu erfüllen. Neben der Vertretung des ASIP in Kommissionen und Arbeitsgruppen (vgl. Blickpunkt S. 8)

hatte der Direktor interne Kommissionsarbeiten zu koordinieren, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten sowie Medien, Verwaltungen und Verbänden Auskünfte zu erteilen. Zudem beantwortete er viele Rechtsfragen der Mitglieder. Tatkräftig unterstützt wurde er durch seine Assistentin Anneliese Zogg. Seit dem Umzug hat das Sekretariat Verstärkung von Sandra Eyrauch aus Lausanne bekommen, seit September wirkt Michael Lauener als juristischer Mitarbeiter mit. Insgesamt ist die Geschäftsstelle heute mit 250 Stellenprozenten besetzt. Allen Mitarbeitenden sei hier für den engagierten Einsatz gedankt.

Der ASIP zählte 2006 1047 Mitglieder mit einem Vorsorgevermögen von gegen CHF 370 Mia.

Jahresrechnung

Die Jahresrechnung weist bei Einnahmen von CHF 1'261'952.45 und Ausgaben von CHF 1'179'873.82 einen Einnahmenüberschuss von CHF 82'078.63 aus. Die Rechnung wurde von den Revisoren Rudolf Noser und Urs Sigrist geprüft.

Dank

Wir danken den Mitgliedern für alle Anregungen sowie die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Mit Ihrem konstruktiven und durchaus auch kritischen Feedback helfen Sie uns, ein optimales Angebot bereitzustellen – im Sinne der Erhaltung und Förderung der beruflichen Vorsorge! ■

Bericht aus der Kommission Aus- und Weiterbildung

Bei den heutigen grossen, komplexen Herausforderungen muss die Ausbildung der Stiftungsratsmitglieder ständig aktualisiert werden.



Daniel Dürr
Präsident

Im Geschäftsjahr 2006 hat die Kommission Aus- und Weiterbildung des ASIP vier Informationsveranstaltungen – je zwei in der Deutschschweiz und in der Romandie – durchgeführt. Über 300 Personen haben die Veranstaltungen besucht. Im Zentrum standen die neuen versicherungstechnischen Grundlagen, anlagentechnische Instrumente, Anpassungen im Zusammenhang mit den bilateralen Abkommen sowie Fragen bei der Umsetzung der 1. BVG-Revision. Die Veranstaltungen sollen praxisorientierte Lösungen aufzeigen und konzentrierte Informationen zu aktuellen Themen der beruflichen Vorsorge liefern. 2007 sind wieder vier Veranstaltungen geplant. An aktuellen Themen mangelt es nicht (detaillierte Informationen auf der Homepage des ASIP).

Diese Veranstaltungen finden an folgenden Daten statt:

- 13. Juni Zürich, Kongresshaus
- 27. Juni Lausanne,
Hotel Mövenpick
- 2. Oktober Zürich, Kongresshaus
- 23. Oktober Lausanne,
Hotel Mövenpick

Im Bereich der beruflichen Vorsorge stehen mit der Strukturreform und der Diskussion über den Umwandlungssatz weitere komplexe Themen an. Die Kommission wird die Thematik verfolgen und wenn möglich an den Ausbildungsveranstaltungen im Herbst 2007 dazu informieren.

Drei Stufen sind nötig

Im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Stiftungsratsmitgliedern arbeitet der ASIP mit der Fachschule für Personalvorsorge zusammen. Die Ausbildung von Stiftungsratsmitgliedern umfasst drei Stufen. Die erste

Stufe deckt die Grundausbildung ab. Stufe 2 widmet sich den Führungsaufgaben und der Verantwortlichkeit. Die dritte Stufe umfasst die jährliche Aktualisierung über Entwicklungen und Trends der beruflichen Vorsorge. Abgedeckt werden die Themenbereiche Recht, Steuern, Rechnungslegung und Kapitalanlagen. Diese Tagesseminare werden durch den ASIP durchgeführt und haben den Charakter eines jährlichen notwendigen Wiederholungskurses. Im Jahre 2006 wurden in der Deutschschweiz zwei so genannte «Wiederholungskurse» durch den ASIP durchgeführt. 2007 sind ebenfalls wieder zwei Veranstaltungen geplant. Neu wird auch ein Kurs in der Romandie durchgeführt. Nähere Angaben dazu sind auf der Homepage des ASIP ersichtlich.

Die Kommission Aus- und Weiterbildung wird die Entwicklung in der beruflichen Vorsorge aktiv mitverfolgen und wo nötig Anpassungen oder Erweiterungen am bestehenden Aus- und Weiterbildungskonzept vornehmen. Selbstverständlich nehmen wir auch gerne Ihre Anregungen entgegen. ■

■ IN KÜRZE

Die Kommission

- Kommissionsmitglieder
«Aus- und Weiterbildung»
François Bourquin
Dr. Olivier Deprez
Daniel Dürr
Carmen Fux
David Pittet
Ernst Reinhart
André Reuse
Gregor Ruh
Louis Savary



Annegret Bertschy (links) im Gespräch.



Kurt Hammel



Hanspeter Konrad

Dr. Christina Ruggli



Viele interessierte ASIP-Mitglieder besuchten den Anlass.



Thomas Härter spricht zu den ASIP-Mitgliedern.



Jean-Paul Bernard



Kurt Troxler (Mitte) diskutiert mit anderen ASIP-Mitgliedern.



Daniel Dürr und Dr. Markus Lustenberger in angeregtem Gespräch.



Dr. Markus Moser gibt den ASIP-Mitgliedern Tipps.

ASIP-Start Vorsorgejahr

Informationsveranstaltung in Bern mit praktischen Tipps zur Bewältigung der bevorstehenden Aufgaben.

9. Januar 2006, Hotel Bern in Bern



Der ASIP-Stand an der Messe in Zürich



Martin Vollenwyder, Zürcher Stadtrat



Ein Lächeln für die Kamera: Jürg Brechbühl und die heutige Nationalratspräsidentin Christine Egerszegi.



Juliana Monn

Luzia Trachsler



Prominenter Referent: Publizist Roger de Weck



Franz Stähli



Claire Hunziker und Urs Sigrist beim Smalltalk



Dominique Biedermann



Dieter Stohler und Reto Kuhn im Fachgespräch



Fritz Schober

Brigitte Schmid



Roger de Weck und Christine Egerszegi beim Apéro



Vital Stutz



Präsident Hans Ender begrüsst die Mitglieder.



Yves Rossier



Hans Ender stellt sich auf dem heissen Stuhl den Fragen von Stefan Klapproth.

ASIP-Mitgliederversammlung

ASIP-Mitgliederversammlung im Kongresshaus in Zürich: Mitglieder in intensiven Diskussionen.

3. Mai 2006, Kongresshaus in Zürich



Leiteten die ASIP-Mitgliederversammlung: Präsident Hans Ender, Direktor Hanspeter Konrad, Vizepräsidenten Dr. Jean Pfitzmann und Dr. Thomas Hohl (v.l.n.r.)



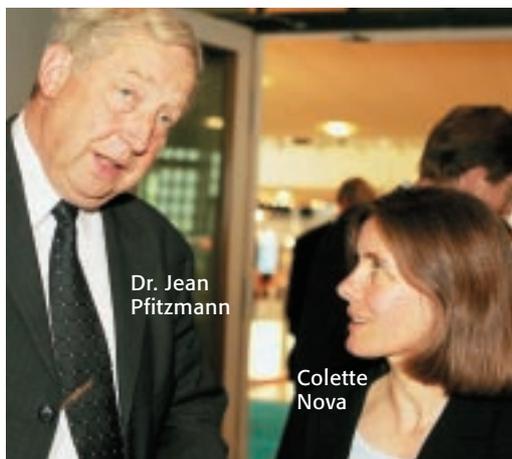
Engelbert Dick (rechts) im Gespräch mit einem Kollegen



Hanspeter Konrad



Hans Peter Frei



Dr. Jean Pfitzmann

Colette Nova



Präsident Hans Ender in charmanter Umgebung: Beatrice Fluri, Myrtha Bossert, Clivia Koch (v.l.n.r.)

Bericht aus der Kommission

Gemeinschaftseinrichtungen

Teilliquidation, Kassenwechsel und Mehrwertsteuer – zentrale Themen für die Kommission.



Urs-Peter Amrein
Präsident

Aus der Kommission «Verbandlich organisierte Vorsorgeeinrichtungen» ist die Kommission «Gemeinschaftseinrichtungen» entstanden. Fast alle in Verbänden organisierten Vorsorgeeinrichtungen sind Gemeinschaftseinrichtungen, aber auch ausserhalb der Verbände gibt es viele Gemeinschafts- oder Sammelstiftungen. Die spezifischen Fragen und Probleme sind meistens identisch.

Teilliquidation

Bis Ende 2007 müssen Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen ihrer Aufsichtsbehörde ein Teilliquidationsreglement einreichen. Es geht um die Regelung der Voraussetzungen, die Definition der freien Mittel, Reserven, Fehlbeträge, Verteilschlüssel, die differenzierte Behandlung der kollektiven Übertritte sowie der Vermögensmitgabe und um die Versicherteninformation. Die Kommission verglich verschiedenste Reglemente. Die Schlüsselfragen waren immer dieselben: Wie viel Prozent des Gesamtbestands muss die Kündigung eines Anschlussvertrags oder eine Restrukturierung ausmachen, damit eine Teilliquidation ge-

ben ist? Dabei wurde, je nach Struktur der Gemeinschaftseinrichtung, eine erhebliche Bandbreite von 0,5 bis 5% festgestellt. Die zweitwichtigste Frage war, ab welchem Deckungsgrad überhaupt freie Mittel für die Verteilung zur Verfügung stehen. Grundsätzlich wird dieser auf die Risikofähigkeit ausgerichtet, aber ebenfalls recht frei und unterschiedlich ausgelegt. Es war eine Bandbreite von 110 bis 127% auszumachen.

Kassenwechsel

Wechselt ein Arbeitgeber seine Sammel- oder Gemeinschaftseinrichtung,

■ IN KÜRZE

Die Kommission

- Kommissionsmitglieder
«Gemeinschaftseinrichtungen»
Urs-Peter Amrein
Marcel Berlinger
Beatrice Fluri
Martin Freiburghaus
Blaise Matthey
Marlène Rast
Fritz Schober
Jean Wey

muss vorher klar sein, wo die Rentner in Zukunft versichert sind. Damit soll verhindert werden, dass die Rentner zwischen Stuhl und Bank fallen. Da die neue Vorsorgeeinrichtung bei den Übernahmbedingungen ein starkes Stück mitzureden hat und die Auffangeinrichtung zudem auch keine laufenden Rentenverpflichtungen übernehmen muss, ist in der Praxis heute die Freiheit zum Pensionskassenwechsel stark eingeschränkt.

Mehrwertsteuer

Der Gesetzesentwurf zur Revision des Mehrwertsteuergesetzes sieht vor, dass Verbandsausgleichskassen wie Pensionskassen auf gegenseitiger interner Dienstleistung Mehrwertsteuer bezahlen müssen. Dadurch würden Verbandskassen für eine effiziente und schlanke Organisation bestraft und die finanziellen Vorteile vom Fiskus anstatt von den Versicherten absorbiert. Der Verband ASIP, die Verbandsausgleichskassen und die Arbeitgeberorganisationen wehren sich deshalb gegen diesen unsorgsamen fiskalischen Übermut. ■

Bericht aus der Kommission

Öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen

Professionelle Kassenführung und finanzielle Stabilität öffentlich-rechtlicher Kassen dienen Versicherten und Steuerzahlern.



Armin Braun
Präsident

Die Kommission verabschiedete am 27. März 2006 das «Konzept für eine Revision des Bundesrechts über die Finanzierung öffentlich-rechtlicher Pensionskassen». Es zeigt, dass Vorsorgeeinrichtungen von Kantonen und Gemeinden professionell und finanziell stabil geführt werden können, auch wenn ihre Verpflichtungen nicht voll, sondern zu einem festgelegten Prozentsatz kapitalgedeckt sind. Gemischte Finanzierungssysteme sollten daher bundesrechtlich weiter zulässig sein, aber unter verschärften Rahmenbedingungen.

Gemischte Finanzierungssysteme sind tragfähig, wenn die Entwicklung der Kasse laufend beobachtet wird und anhand realistischer Projektionen die Beiträge so angesetzt werden, dass sie zusammen mit den erwarteten Vermögenserträgen (Zielrendite) die Ausgaben langfristig decken. Die Einhaltung des definierten Mindestdeckungsgrads ist gegen Schwankungen der Anlagerendite mit Wertschwankungsreserven zu sichern. Diese bilden – als Massstab für die Risikofähigkeit – mit der Zielrendite die objektiven Rahmenbedin-

gungen für eine langfristige Anlagepolitik und dienen so den Interessen der Versicherten und Steuerzahler. Fehlt dagegen die Wertschwankungsreserve, weil die öffentlich-rechtliche Kasse während Jahren auf die Volldeckung hinarbeitet, muss anstelle der objektiven Anlagevorgaben ein Risikobudget politisch vorgegeben werden, verbunden mit dem Risiko, dass nach Ausschlägen der Wertschriftenmärkte Kurskorrekturen zu einem kostspieligen prozyklischen Anlageverhalten führen.

■ IN KÜRZE

Die Kommission

- Kommissionsmitglieder
«Öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen»
Elisabeth Baumann
Armin Braun
Claude-Victor Comte
Hansmartin Eberle
Bernhard Egger
Werner Hertzog
Susanne Jäger-Rey
Werner Koradi
Alain Pahud
Meinrad Pittet
Dieter Stohler

Nach Meinung der Kommission muss bei der Bilanzierung nach FER 26 bei gemischten Finanzierungssystemen zum Ausdruck kommen, dass die Verpflichtungen nur im Rahmen des Zieldeckungsgrades durch Kapital gedeckt sein müssen. Ist das Vermögen höher, als es dem Zieldeckungsgrad entspricht, können Wertschwankungsreserven ausgewiesen werden. Ist deren Sollgrösse überschritten, entstehen freie Mittel.

Technischer Zinssatz

Bei der Festsetzung des technischen Zinssatzes gibt es grundsätzlich keine Unterschiede zwischen öffentlich-rechtlichen und privat-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen. Zu berücksichtigen sind allfällige statistische oder gesetzliche Vorgaben zum Teuerungsausgleich: Soll dieser grundsätzlich gewährt und von der Kasse aus Vermögenserträgen finanziert werden, empfiehlt es sich, den technischen Zinssatz für die Berechnung des Rentendeckungskapitals auf die langfristig erwarteten Durchschnittswerte für Teuerung und Vermögensrendite abzustimmen. ■

Bericht aus der Kommission

Fragen der Vermögensanlage

Fragen zur finanziellen Führung und die effiziente Vermögensanlage stehen im Zentrum der Kommissionstätigkeit.



Reto Kuhn
Präsident

Vier Sitzungen hat die Kommission für Fragen der Vermögensanlage 2006 durchgeführt und auch zwischen den Sitzungen intensiven Kontakt gepflegt, um laufende und neue Projekte zu bearbeiten. Etwa:

Kurzporträt professioneller Aktionärsdienste

Das Führungsorgan hat die Pflicht, die Aktionärsrechte der Pensionskasse jederzeit treuhänderisch im Sinne der Versicherten und Rentner wahrzunehmen – das Inkasso der Dividende gehört ebenso dazu wie die verantwortungsbewusste Ausübung der Stimmrechte. Um das Führungsorgan bei der Stimmrechtsausübung der Pensionskasse zu unterstützen, hat die Kommission die ihr bekannten professionellen Aktionärsdienste in der Schweiz analysiert, deren Angebot geprüft und für jeden Anbieter ein Kurzporträt erstellt. Die Übersicht findet sich auch auf der ASIP-Homepage und wird laufend aktualisiert.

Leitfaden für die Vermögensanlage von Pensionskassen

Den Arbeitsschwerpunkt der Kommission bildete die Aktualisierung des bestehenden «Leitfadens für die

Vermögensanlage von Pensionskassen» des ASIP. Ziel des Leitfadens ist es, dem Führungsorgan eine Arbeitshilfe zu bieten, die dieses bei der Erfüllung sämtlicher Aufgaben der Vermögensanlage unterstützt. Der Leitfaden wurde an alle Mitglieder des ASIP verteilt und ist auch auf der Homepage einzusehen.

Schaffung von Kostentransparenz

Kostentransparenz ist eine notwendige Voraussetzung für die effiziente Führung von Pensionskassen. Mit der Einführung der neuen Rech-

nungslegungsvorschriften gemäss SWISS GAP FER 26 im Jahre 2005 war auch die Hoffnung verbunden, dass die Kosten der Pensionskassenführung vollständig und einheitlich erfasst würden. Inzwischen hat sich aber gezeigt, dass auch mit der neuen Rechnungslegung keine hinreichende Transparenz hinsichtlich der Kosten hergestellt werden kann, weil in der Jahresrechnung nur geldwirksame Kosten erfasst werden. Kostenvergleiche zwischen Pensionskassen sind auf dieser Basis nicht möglich. In der Folge hat ein gutes Dutzend Pensionskassen die Initiative ergriffen und eine unabhängige Firma damit beauftragt, einen Kostenvergleich durchzuführen. Gegenwärtig sucht die Kommission nach einer Lösung für einen Ausbau dieser Studie, um auch die Kosten der Vermögensverwaltung vollständig und einheitlich zu erfassen und vergleichbar zu machen.

Zusätzlich zu diesen Projekten hat sich die Kommission nach Bedarf des Vorstands mit weiteren Fragen der Pensionskassen-Führung befasst, insbesondere mit dem Fall Swissfirst und mit dem Gesetzesentwurf zur Strukturreform in der 2. Säule. ■

■ IN KÜRZE

Die Kommission

- Kommissionsmitglieder
«Fragen der Vermögensanlage»
Dr. Dominique Ammann
Damien Bianchin
Eric Bréval
Christian Cuénoud
Benno Flury
Reto Kuhn
Vera Kupper Staub
Christoph Oeschger
Wilfred Stoecklin
Alex Tüscher
Martin Wenk

Bericht aus der Kommission

Privat-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen

Das freiheitliche Konzept der betrieblichen Personalvorsorge zu erhalten und zu erweitern war das Anliegen der Kommission.



Dr. Markus Moser
Präsident

Die Kommission diskutierte diverse Durchführungsfragen der 1. BVG-Revision im Hinblick auf die Auswirkungen der neuen Einkaufsbestimmungen des am 1. Januar 2006 in Kraft getretenen «Steuerpakets». Aktuell waren besonders zwei Fragen:

Einkauf: Anrechnung des Deckungskapitals laufender Altersleistungen?

Der vorsorgerechtlich begründete Einkauf einer Person, die sich freiwillig frühpensionieren liess oder sich gezwungen sah, die Altersleistungen im Rahmen eines früheren Vorsorgeverhältnisses vorzeitig zu beziehen, ist in einer neuen Vorsorgeeinrichtung prinzipiell uneingeschränkt zugelassen. Dies entgegen der Auffassung des BSV. Für eine Anrechnung des Altersguthabens, über das die versicherte Person im Zeitpunkt des vorzeitigen Altersrücktritts in der früheren Vorsorgeeinrichtung verfügte, fehlt die rechtliche Grundlage. Eine relevante «Doppelversicherung» ist nicht gegeben. Bei Eintritt in die Vorsorgeeinrichtung des neuen Arbeitgebers sind nur eigentliche Freizügigkeitsguthaben sowie bestimmte Vorsorgeguthaben der gebundenen Selbstvorsor-

ge auf freiwillige Einkaufsleistungen anzurechnen (Art. 60a Abs. 2 und Abs. 3 BVV 2). Weitere Anrechnungstatbestände gibt es nicht. Die neue Vorsorgeeinrichtung hat weder Anlass noch Verpflichtung, bei der Berechnung des Einkaufsbetrages das Altersguthaben, das im Zeitpunkt der Fälligkeit der Altersleistung in der früheren Vorsorgeeinrichtung vorhanden war, zu berücksichtigen.

Mitteilungspflicht bei Verlassen der VE nach freiwilligem Einkauf?

Das BSV hatte auch zur Frage Stellung genommen, wie bei einem Wechsel der Vorsorgeeinrichtung die Information über einen Einkauf nach

Art. 79b Abs. 3 BVG zu handhaben sei. Behördlicherseits war die Auffassung vertreten worden, dass auch nach der Übertragung der Austrittsleistung an eine neue Einrichtung die dreijährige Sperrfrist infolge eines in der früheren Vorsorgeeinrichtung getätigten Einkaufs beachtlich bleibe, sofern besagte Frist im Zeitpunkt des Transfers nicht bereits abgelaufen war. Entsprechend sollten den Vorsorgeeinrichtungen neue Informations- und Kontrollpflichten auferlegt werden.

Einkaufsleistungen sind ein integraler Bestandteil des individuellen Vorsorgeguthabens und unterliegen uneingeschränkt der Anwendbarkeit des Freizügigkeitsgesetzes. Sie sind bei der Berechnung des Austrittsanspruchs im Sinne der Art. 15 ff. FZG einzubeziehen und kraft gesetzlicher Übertragungspflicht Teil der zur Verfügung stehenden Eintrittsleistung im Rahmen eines neuen Vorsorgeverhältnisses, wo sie dazu beitragen, den relementarischen Einkaufsbedarf zu decken. Anders als bei Verwendung zur Wohneigentumsförderung bestehen hinsichtlich allfälliger Einkaufsleistungen beim Wechsel der Vorsorgeeinrichtung keine besonderen Mitteilungspflichten. ■

■ IN KÜRZE

Die Kommission

- Kommissionsmitglieder
«Privat-rechtliche
Vorsorgeeinrichtungen»
Rolf Bolliger
Dr. Katharina Lüthy
Dr. Markus Moser
Alex Nötzli
Christoph Ryter
Urs Stadelmann
Daniel Thomann
Dr. Hermann Walser

Rechnungsteil

Bilanz und Erfolgsrechnung 2006 und Vorjahr

Der ASIP schliesst das Jahr 2006 positiv ab.

Das Geschäftsjahr schliesst trotz weniger Mitgliederbeiträgen aufgrund verschiedener Fusionen und Auflösungen von Pensionskassen mit einem Einnahmenüberschuss von CHF 82'078.63 ab. Zu diesem Resultat trugen die höheren Erträge für die sechs Informationsveranstaltungen bei – je zwei in der Deutschschweiz, zwei in der Romandie sowie zwei Stiftungsrats-Seminare.

Auch im Jahre 2007 soll am Konzept der Informationsveranstaltungen festgehalten werden.

Die Rechnung wurde von den Revisoren Rudolf Noser und Urs Sigrist geprüft; das Ergebnis ist im Revisionsbericht festgehalten.

Anmerkungen zur Bilanz 2006:

- ¹ Zusammensetzung Fondsvermögen
Swisscanto Portfolio Fund Income A
(Obligationen 85,60%, Liquidität 14,40%)
Swisscanto Portfolio Fund Yield A
(Obligationen 67,80%, Aktien 20,80%, Liquidität 11,40%)

- ² Rückstellung für Sitzverlegung der Geschäftsstelle 2005

- ³ Erhöhung Wertschriftenreserve CHF 10'000.–

Bankgarantie Mietobjekt Kreuzstrasse 26 CHF 45'000.–

BILANZEN

	31.12.2006		31.12.2005	
AKTIVEN				
	CHF	%	CHF	%
PC 30-506339-4	29'239.75		38'225.30	
UBS AG, Zürich, KK	110'525.88		599'986.96	
UBS AG, Zürich, SK	13'593.43		28'773.22	
CS, Bern, SK	21'751.02		17'126.30	
Flüssige Mittel	175'110.08	9,81	684'111.78	41,46
Eidg. Steuerverwaltung (Verrechnungssteuer)	1'471.83		559.40	
Transitorische Aktiven	41'456.80		17'505.70	
Forderungen	42'928.63	2,41	18'065.10	1,09
Gemischte Fonds Swisscanto ¹	970'862.00		974'205.00	
Beteiligung Fachschule	8'100.00		8'100.00	
Festgeldanlage	500'000.00		0.00	
Bewertungsreserve Wertschriften ³	0.00		-70'000.00	
Wertschriften	1'478'962.00	82,88	912'305.00	55,29
Mobiliar/Büroeinrichtung	65'000.00		26'600.00	
Maschinen	2'500.00		2'100.00	
EDV- und Telefonanlage	20'000.00		7'000.00	
Anlagevermögen	87'500.00	4,90	35'700.00	2,16
TOTAL AKTIVEN	1'784'500.71	100,00	1'650'181.88	100,00
	31.12.2006		31.12.2005	
PASSIVEN				
	CHF	%	CHF	%
Kreditoren	98'677.40		38'437.20	
Anzahlungen / Vorauszahlungen 2007	11'000.00		0.00	
Transitorische Passiven	5'740.00		44'740.00	
Rückstellung PR	350'000.00		350'000.00	
Rückstellung Umzug ²	0.00		60'000.00	
Rückstellung Wertschriften ³	80'000.00		0.00	
Fremdkapital	545'417.40	30,56	493'177.20	29,89
Verbandskapital 1.1.	1'157'004.68		1'053'364.77	
Einnahmenüberschuss	82'078.63		103'639.91	
Verbandskapital 31.12.	1'239'083.31	69,44	1'157'004.68	70,11
TOTAL PASSIVEN	1'784'500.71	100,00	1'650'181.88	100,00

ERFOLGSRECHNUNGEN		
1.1.–31.12.2006 / 1.1.–31.12.2005		
	2006	2005
ERTRAG		
	CHF	CHF
Mitgliederbeiträge	1'069'300.00	1'085'150.00
Erträge Informationsveranstaltungen	153'317.50	112'630.95
Kapitalzinsertrag	861.60	1'002.10
Wertschriftenertrag	19'573.35	63'923.50
Diverse Erträge	28'900.00	0.00
Zuweisung Rückstellung Wertschriften ³	-10'000.00	0.00
	1'261'952.45	
ERTRAG		
Ausserordentliche Erträge	0.00	12'833.00
TOTAL ERTRÄGE	1'261'952.45	1'275'539.55
	2006	2005
AUFWAND		
	CHF	CHF
Personalaufwand		
Saläre und Sozialleistungen		
Saläre	357'793.65	315'722.30
Sozialleistungen	74'744.70	66'630.60
Entschädigungen		
Präsident	60'000.00	60'000.00
Vorstand/Ausschuss	38'550.00	33'650.00
Kommissionen	48'400.00	50'700.00
Revisoren	1'016.00	363.00
Referenten	11'354.00	7'550.00
Spesen		
Geschäftsstelle	3'225.45	4'598.45
Vorstand, Ausschuss	1'168.65	1'184.00
Total Personalaufwand	596'252.45	540'398.35

ERFOLGSRECHNUNGEN
1.1.–31.12.2006 / 1.1.–31.12.2005

	2006 CHF	2005 CHF
Sachaufwand		
Raumaufwand		
Miete	90'725.90	61'044.00
Unterhalt/Reinigung	1'281.85	1'072.55
Kapitalaufwand		
Bank- und Postfinancespesen	4'160.16	3'901.89
EDV-Aufwand		
Internet/Support/Unterhalt	33'591.30	48'987.45
Anlässe		
Mitgliederversammlung	38'855.00	40'248.55
Veranstaltungen, Tagungen, Sitzungen	81'317.05	61'171.95
Medienanlässe/Pressekonferenzen	968.40	44'929.80
Europäische und übrige Anlässe	5'256.85	21'548.10
Projekte		
Mitgliedschaften	48'216.20	45'458.95
Öffentlichkeitsarbeit, politische Aktivitäten, PR	72'025.05	67'744.85
Wissenschaftliche Expertisen	54'144.30	5'000.00
Verwaltungsaufwand		
Drucksachen, Kopien, Material	78'293.85	72'890.60
Porti, Telefon, Fax	14'241.40	21'360.90
Übersetzungskosten	23'203.95	28'963.25
Dokumentationen, Fachliteratur, Zeitschriften	7'168.85	3'382.90
Verwaltungs- und Beratungsaufwand, Diverses	8'836.25	30'744.65
Rückstellung Verwaltungskosten (Umzug)	0.00	60'000.00
Werbung/Fachmesse 2. Säule	11'499.15	0.00
Sachversicherungen	914.35	914.35
Übriger Aufwand		
Abschreibungen	41'014.66	15'187.70
Kapital- und Ertragssteuern	-32'093.15	-3'051.15
Total Sachaufwand	583'621.37	631'501.29
TOTAL AUFWAND	1'179'873.82	1'171'899.64
ERTRAGSÜBERSCHUSS	82'078.63	103'639.91

BERICHT DER REVISOREN

Revisionsbericht der ASIP-Jahresrechnung 2006 zuhanden der Mitgliederversammlung

Am 8. Februar 2007 haben wir die Jahresrechnung 2006 kontrolliert.

Bei der Prüfung haben wir festgestellt:

- die Bilanz und die Erfolgsrechnung stimmen mit der Buchhaltung überein;
- die Buchhaltung ist ordnungsgemäss geführt;
- die in der Bilanz aufgeführten Aktiven sind vorhanden;

Der Ertrag beläuft sich auf **CHF 1'261'952.45**, der Aufwand auf **CHF 1'179'873.82**,
der Ertragsüberschuss auf **CHF 82'078.63**.

Wir beantragen deshalb:

- a) die Gewinn- und Verlustrechnung 2006 sowie die Bilanz per 31.12.2006 zu genehmigen,
- b) den verantwortlichen Organen Décharge zu erteilen.

Zürich, 8. Februar 2007

Die Revisoren:



Rudolf Noser
Pensioniert
Ch. des Mouilles 6
1197 Prangins



Urs Sigrist
Bafidia Pensionskasse
Stampfenbachstrasse 142
8042 Zürich



Falls Sie die Beilage zum Jahresbericht
– die «Sozialpolitische Rundschau» –
nicht mehr vorfinden, können Sie
diese bei folgender Adresse bestellen:

ASIP, Kreuzstrasse 26, 8008 Zürich

Tel. 043 243 74 15

Fax 043 243 74 17

info@asip.ch

A S I P Schweizerischer Pensionskassenverband ●
Association Suisse des Institutions de Prévoyance ●
Associazione Svizzera delle Istituzioni di Previdenza ●

Kreuzstrasse 26
8008 Zürich

Tel. 043 243 74 15
Fax 043 243 74 17

info@asip.ch
www.asip.ch

Beilage zum Jahresbericht 2006

«Sozialpolitische Rundschau»

Zielsetzungen des ASIP

Der ASIP setzt sich für die Erhaltung und Weiterentwicklung der beruflichen Vorsorge ein.

- Die berufliche Vorsorge nimmt im schweizerischen System der sozialen Sicherheit einen zentralen Stellenwert ein. Oberstes Ziel ist die Erhaltung der beruflichen Vorsorge und deren Sicherheit im Interesse der Versicherten.
- Die demografische Entwicklung, die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, die wirtschaftlichen Veränderungen und der Wandel der Kapitalmärkte verlangen innovative Lösungen. Der ASIP will diese Handlungsfelder frühzeitig erkennen und Reformen im Interesse der längerfristigen Stabilität der beruflichen Vorsorge aktiv einleiten.
- Der ASIP will eine freiheitlich ausgestaltete und dezentral durchgeführte berufliche Vorsorge. Er fordert und fördert daher:

1. die Erhaltung der weitergehenden Vorsorge
2. die sozialpartnerschaftlich geführte berufliche Vorsorge
3. eigenverantwortlich handelnde, gut ausgebildete Führungsorgane
4. versicherungstechnisch korrekte, nachvollziehbare Rahmenbedingungen
5. eine effiziente finanzielle Führung der Vorsorgeeinrichtungen
6. eine langfristig stabile berufliche Vorsorge